

Verband der Ersatzkassen

Zuzahlungen für Pflegeheime in Berlin und Brandenburg deutlich gestiegen

Mi 10.07.24 | 10:45 Uhr

 89

Fast 3.000 Euro im Monat muss man für das Wohnen im Pflegeheim im ersten Jahr zuzahlen. Wegen höherer Personalkosten sind die Zuzahlungen gestiegen. Dabei müssen Berliner Hunderte Euro mehr pro Jahr zahlen als Brandenburger.

Pflegebedürftige Menschen und ihre Familien müssen für die Unterbringung im Heim mehr als vor einem Jahr zuzahlen: 2.900 Euro pro Monat aus eigener Tasche sind aktuell im bundesweiten Schnitt fällig, wie der Verband der Ersatzkassen ausgerechnet hat.

Das sind gut 200 Euro mehr als im Juli 2023. Grund für seien vor allem höhere Personalkosten für Pflegekräfte, heißt es.

Die Kosten für Pflegeheime in Berlin liegen im bundesweiten Schnitt (2.895 Euro im ersten Jahr in Heim). In Brandenburg müssen Heimbewohner im ersten Heimjahr monatlich 2.563 Euro zuzahlen.

Das ist in beiden Ländern deutlich mehr als vor einem Jahr. Da mussten Berliner etwa 400, Brandenburger etwa 300 Euro weniger bezahlen. Die Zuschüsse der Pflegekassen steigen mit der Aufenthaltsdauer, so dass ab dem vierten Jahr im Heim etwa 1.000 Euro weniger im Monat bezahlt werden müssen (1.711 Euro Zuzahlung in Berlin, 1.571 Euro in Brandenburg).

Pflegeversicherung trägt nur einen

Teil der Kosten

In den Summen ist der Eigenanteil für die reine Pflege und Betreuung enthalten. Denn die Pflegeversicherung trägt, anders als die Krankenversicherung, nur einen Teil dieser Kosten. Für Bewohnerinnen und Bewohner im Heim kommen noch Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Investitionen in den Einrichtungen hinzu. Ausgewertet wurden den Angaben des Verbands der Ersatzkassen zufolge Vergütungsvereinbarungen der Pflegekassen mit Heimen in allen Bundesländern.

Die Vorstandsvorsitzende des Verbands der Ersatzkassen, Ulrike Elsner, forderte die Bundesländer auf, die Investitions-Kosten für die Pflegeheime zu übernehmen - etwa für den Unterhalt der Gebäude. Ihren Angaben zufolge könnten Heimbewohner dadurch um durchschnittlich fast 500 Euro im Monat entlastet werden. "Dass diese so hoch ist, liegt auch daran, dass die Länder ihre Verantwortung ignorieren", so Elsner.

Korrekturhinweis: In einer früheren Version dieses Textes hieß es im Teaser: "Dabei müssen Berliner Hunderte Euro weniger pro Jahr zahlen als Brandenburger." Das ist falsch, sie müssen mehr zahlen. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Sendung: rbb24 Inforadio, 10.07.2024, 10 Uhr